

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Alfred Emmerlich MdB
zur Ermordung von Alfred
Herrhausen: Polizei und Ju-
stiz müssen besonnen und
rechtsstaatlich handeln.

Seite 1

Dr. Hermann Scheer MdB
zu Erwartungen an Bush-
Gorbatschow-Gipfel: Entspan-
nungspolitik im Mittelmeer-
raum erforderlich.

Seite 2

Karsten D. Voigt MdB zur
Entwicklung in der DDR:
Deutsch-deutsche Solidarität
der demokratischen Linken.

Seite 5

44. Jahrgang / 230

30. November 1989

Polizei und Justiz müssen besonnen und rechtsstaatlich handeln

Zur Ermordung von Alfred Herrhausen

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB
Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Die Ermordung des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, zeigt, daß die RAF nach wie vor aktionsfähig ist.

Die zuständigen Strafverfolgungsbehörden stehen erneut vor der schwierigen Aufgabe, die Täter und ihre Helfer zu ermitteln und zu ergreifen, damit sie vor Gericht gestellt und bestraft werden.

Dabei werden die ermittelnden Polizeibeamten die uneingeschränkte Unterstützung der Bevölkerung benötigen und zweifellos auch erhalten.

Es kommt darauf an, die vorhandenen Fahndungsmöglichkeiten auszuschöpfen und klug und besonnen zu handeln.

Notwendig ist es, die Erfahrungen aus den Terrorakten der Vergangenheit zu beachten und frühere Fehler nicht zu wiederholen.

Ein Rückfall in die Hysterie der 70er Jahre wäre fatal. Opportunistischer Aktionismus hilft nicht, sondern macht blind und erfolglos.

Die Rechtmäßigkeit und die Rechtsstaatlichkeit des staatlichen Handelns müssen ohne jede Einschränkung gewahrt bleiben. Sonst wird den Terroristen frei Haus die Möglichkeit geliefert, unseren Staat als Unrechtsstaat darzustellen und um sich herum ein Umfeld von Verständnis und Sympathie aufzubauen.

(-/30.11.1989/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Heranförder-Umgebung
mit erneuerter Rohstoff
Recycling-Papier



Erwartungen an den Bush/Gorbatschow-Gipfel

Die Zeit ist reif für euro-nukleare Abrüstungsverhandlungen und eine Entspannungspolitik im Mittelmeerraum

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Der Ort des Gipfeltreffens Bush/Gorbatschow in Malta ist politisch pikant: Sie kommen mit Kriegsschiffen ihrer Mittelmeerflotten, und die Regierung von Malta hat sich ausbedungen, daß diese Schiffe zum Zeitpunkt des Gipfeltreffens keine Atomwaffen tragen dürfen. Dieser Vorgang weist auf zwei zentrale Problembereiche hin, die bisher von den Abrüstungsbemühungen ausgespart blieben: Die euro-nuklearen Abrüstungsverhandlungen und eine Abrüstungspolitik im Mittelmeerraum. Die Zeit ist reif, sich endlich diesen Problemen zu widmen - und sie gehen auch uns in der Bundesrepublik Deutschland unmittelbarer an als viele denken.

Obwohl alle Aspekte einer militärischen Ost-West-Entspannung den gesamteuropäischen Rahmen betreffen, steht seit Jahren fast ausschließlich die Rüstung in Zentraleuropa im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Dies resultiert daraus, daß sich hier NATO und Warschauer Pakt am sichtbarsten und mit den geballtesten konventionellen und atomaren Waffenpotentialen gegenüberstehen. Wir sind es gewohnt und erwarten ganz selbstverständlich, daß sich alle in Europa mit der zentral-europäischen Sicherheitslage beschäftigen, doch man beschäftigt sich kaum mit den Rüstungsentwicklungen und Sicherheitsproblemen in anderen Teilen Europas, obwohl sie bereits heute politisch spannungsträchtiger und riskanter sind als die zentraleuropäischen Probleme.

Das Risiko muß jedoch vermieden werden, daß Fortschritte in der militärischen Entspannung in Mitteleuropa durch gleichzeitig weitergehende euro-nukleare Rüstungsentwicklungen und die politischen Spannungen mit der damit verbundenen Rüstungsdynamik im konfliktträchtigen Mittelmeerraum konterkariert werden. Wenn sich Anfang Dezember Bush und Gorbatschow auf der Mittelmeerinsel Malta treffen, gehören diese Problemkomplexe mit auf die aktuelle Tagesordnung.

Umfassende Entspannungsfortschritte in Zentraleuropa

Die Wiener Verhandlungen über eine Reduzierung konventioneller Rüstungen und weitere vertrauensbildende Maßnahmen gehen zügig voran. Gleichzeitig bricht das Jahrzehnte alte Bedrohungsbild des Warschauer Paktes durch die innenpolitischen Veränderungen auseinander. Die Demokratisierung dieser Länder ist gleichbedeutend mit einem militärischen Disengagement des Bündnisses. Die generelle wirtschaftliche Misere dieser Länder läßt es als ausgeschlossen erscheinen, daß sie noch das wirtschaftliche Potential für einen konventionellen Krieg hätten. Schon spricht die ungarische Regierung offen über die Möglichkeit eines Ausscheidens aus dem Warschauer Vertrag, was keine Regierung eines NATO-Landes tut. Der Warschauer Vertrag befindet sich in einer grundlegenden Transformation, wenn nicht gar Auflösung. Der Sowjetunion geht es offenkundig vorrangig um die Abwicklung jahrzehntealter Strukturen und der Wahrung ihrer originären Sicherheitsinteressen - also durch Abrüstungsvereinbarungen zwischen Ost und West.

Diese Entwicklungen zeigen: Zwar sind noch die umfangreichsten konventionellen und atomaren Truppen- und Waffenpotentiale in Zentraleuropa, aber die Brennpunkte möglicher militärischer Spannungen und Konflikte verlagern sich und müssen jetzt ebenfalls entschärft werden. Wie notwendig das ist, zeigt sich an der bisher ungebremsten Entwicklung euro-nuklearer Waffenpotentiale und der sicherheitspolitischen Lage im Mittelmeerraum.

Das atomare Spannungspotential

Der NATO-Gipfel vom Mai 1989 hat nur über ein einziges atomares Waffensystem (landgestützte atomare Kurzstreckenraketen) Verhandlungen in Aussicht gestellt nach Vereinbarung und Durchführung eines ersten Abkommens über konventionelle Reduzierungen. Gleichzeitig laufen alle anderen atomaren Vorhaben ungebremst weiter, unter anderem die Modernisierung der atomaren Artillerie und der atomar ausgerüsteten Jagdflugzeuge, Luft-Boden-Raketen, die Verlagerung atomarer Bomber und die Zuführung von seegestützten Cruise Missiles in europäische Gewässer - und nicht zuletzt die Weiterführung des britischen Trident-Programms und des französischen Programms für U-Boot-gestützte Atomraketen.

Daß bei den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen möglicherweise keine Einigung über die Einbeziehung der seegestützten Cruise Missiles erreicht wird, verstärkt auch die Problematik für Europa: deren weitere Zuführung in europäische Gewässer kann jederzeit mühelos und nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit erfolgen. Auch die Tatsache, daß bisher nicht daran gedacht ist, ein Verbot von Anti-Satelliten-Raketen (ASAT) zu vereinbaren, erhöht insgesamt die Instabilität und forciert eine weitere Rüstungsdynamik auf dem atomaren Sektor. Besonders gravierend ist, daß die Zahl der dual-capable-Systeme (die also wahlweise mit atomaren wie konventionellen Sprengköpfen ausgerüstet werden können) ausgeweitet statt eliminiert wird, was ausgerechnet im Zeitalter eines umfassenden Entspannungsprozesses die atomare Instabilität und damit die Risiken weiterer atomarer Rüstungen steigert. Denn je mehr dual-capable-Systeme,

- desto größer die Ununterscheidbarkeit zwischen konventionellen und atomaren Waffen,
- desto höher die Neigung, sich auf die Möglichkeit vorbeugender atomarer Einsätze in der Doktrin und waffentechnisch einzustellen,
- desto schwieriger auch eine Kontrolle atomarer Abrüstung.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit

- einer sofortigen Eröffnung einer euro-nuklearen Abrüstungsverhandlung, an der auch Großbritannien und Frankreich zu beteiligen wären. Angesichts der Demokratisierung der Warschauer Vertragsstaaten werden die atomaren Doktrinen und Rüstungen ohnehin täglich skurriler.
- für die laufenden START-Verhandlungen und künftigen atomaren Abrüstungsverhandlungen eine vollständige Beseitigung von dual-capable-Systemen anzustreben, angefangen von den sogenannten taktischen Atomwaffen bis zu den Cruise Missiles.
- ein Verbot von ASAT-Waffen zu betreiben.

Entspannungsschritte im Mittelmeerraum

Die Fixierung der internationalen Sicherheitsdebatte auf die zentrale europäische Problematik hat seit Jahren immer wieder davon abgelenkt, daß der heikelste Brennpunkt möglicher europäischer Militärkonflikte mehr der Mittelmeerraum als Zentraleuropa geworden ist. Dies gilt bei näherem Hinsehen bereits seit der Realisierung der Ostpolitik Willy Brandts Anfang der 70er Jahre. Seitdem gab es keine politische Situation mehr in Zentraleuropa, die militärisch bedrohlich wurde. Dagegen ist der Mittelmeerraum nach wie vor voller politischer Spannungen, wobei es mehrfach in den letzten Jahren militärische Eskalationen gab, die den gesamten europäischen Kontinent unmittelbar berühren - nicht zuletzt wegen der Inanspruchnahme amerikanischer Basen in Zentraleuropa und des Überfliegens westeuropäischer Länder bei militärischen Einsätzen der USA im Mittelmeerraum und im Zusammenhang mit dem westlichen Flotteneinsatz im Persischen Golf.

Ob es sich um den Golf-Krieg handelte, den Nahostkonflikt, den griechisch-türkischen Konflikt oder den amerikanisch-libyschen Konflikt: Der Mittelmeerraum ist ein Schmelztiegel, in dem zugleich sowjetische und amerikanische Interessen aufeinanderstoßen. Dies führte zu einer Rüstungsdynamik, die auf der europäischen Seite des Mittelmeers vor allem auf Italien konzentriert ist. Süditalien wurde in den letzten Jahren zu einem amerikanischen Flugzeugträger ausgebaut. Durch die Verlegung der F 16-Kampfflugzeuge, die Atomwaffenträger sind, von Spanien nach Italien haben diese eine andere strategische Qualität erhalten.

Offenkundig zielen diese Atomwaffen mehr auf die arabische Staatenwelt als auf das Ost-West-Abschreckungsverhältnis. Das ist gleichbedeutend mit einer schleichenden Ausweitung des klassischen NATO-Geltungsbereiches.

Dies ist umso prekärer, als der Nahe Osten und Nordafrika die Räume sind, in denen es in den vergangenen Jahren bei einer Reihe von Ländern zur Produktion chemischer Waffen gekommen ist bis hin zum C-Waffeneinsatz durch den Irak. Vor allem aber: Durch die Stellung Israels als einer inoffiziellen Atommacht droht in dieser Region die größte Gefahr einer Weiterverbreitung von Atomwaffen in den 90er Jahren. Die Signale im Mittelmeerraum stehen in Richtung größerer politischer Spannung und militärischer Instabilität.

Wie sehr die USA und die Sowjetunion und damit auch die Bündnissysteme im Mittelmeerraum militärisch involviert sind, zeigt sich anhand der amerikanischen 6. Flotte mit all ihren Basen und der 5. Flotte der sowjetischen Marine (Eskadra). Zu diesen Marineeinheiten gehört auch eine beträchtliche Anzahl von Atomwaffen. Die 6. Flotte ist mit ungefähr 300 „taktischen“ Atomwaffen ausgestattet zum Einsatz gegen Land-, Luft- und U-Boot-Streitkräfte. Darüber hinaus kreuzen U-Boote mit atomaren Langstreckenraketen (Poseidon) und Schiffe mit atomaren Cruise Missiles auch im Mittelmeer. Auch bei der 5. sowjetischen Flotte werden 50 bis 100 „taktische“ Atomwaffen vermutet. Hinzu kommen die amerikanischen Flugzeuge mit atomarer Bewaffnung in Italien und amerikanische Atomwaffen in der Türkei.

Die Einsatzdoktrin dieser Atomwaffen ist sehr unklar. Es sind offensichtlich mehr Kriegsführungs- als Abschreckungswaffen, wobei möglicherweise die Hemmschwelle eines Atomwaffeneinsatzes im Rahmen einer Seekriegsführung geringer ist als bei einer Landkriegsführung. Auf jeden Fall verstärken diese Atomwaffen das Motiv bei arabischen Ländern,

- vorhandene chemische Waffen als politisches Äquivalent zu amerikanischen und sowjetischen Atomwaffen beizubehalten oder neu zu beschaffen und damit die Chance eines weltweiten Vertrages zur Ächtung chemischer Waffen zunichte zu machen,
- oder gar selbst die Verfügung über atomare Waffen in den 90er Jahren anzustreben mit der Folge, daß damit der atomare Nichtverbreitungsvertrag gesprengt und daraus neue, bisher ungeahnte innere Spannungen erwachsen.

Die ganz Europa betreffenden politischen Spannungen im Mittelmeerraum; die für 1995 anstehende Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrages, die formell beschlossen werden muß; das Ziel einer globalen Vernichtung chemischer Waffen, das ohne Mitwirkung der arabischen Staaten nicht erreichbar ist - dies alles macht es zu einem zwingenden politischen Gebot, Abrüstungsmaßnahmen im Mittelmeerraum auch von deutscher Seite aus zu fordern. Tun wir dies nicht, so ist die sicherheitspolitische Orientierung provinziell und kurzsichtig. Wir dürfen dann aber auch nicht überrascht sein, wenn uns trotz umfassender Entspannungsfortschritte in Zentraleuropa zunehmend Konflikte aus dem Mittelmeerraum heimsuchen - die Entsendung von Bundesmarineeinheiten ins Mittelmeer war ein noch harmloser Vorgeschmack darauf, wie unmittelbar auch die Bundesrepublik Deutschland in diese Entwicklung involviert ist.

Daraus ergibt sich, daß auf die Tagesordnung auch die Abrüstung im Mittelmeerraum gehört. Entsprechende Initiativen des sowjetischen Präsidenten Gorbatschow - zum Beispiel im März 1988 in seiner Rede vor dem jugoslawischen Parlament - blieben bisher auch seitens der deutschen Bundesregierung ohne jede Antwort. Vorrangig sind folgende Schwerpunkte:

- Eine Verständigung darüber, daß bei internationalen Konflikten besonders im Mittelmeerraum es künftig geboten ist, UN-Friedenstruppen einzusetzen, um damit sowohl psychologisch und militärisch deeskalieren zu können. Solange nationale Streitkräfte als politische Ordnungsmacht auftreten, besteht die Gefahr unkontrollierter Eskalation von Spannungen.
- Eine Vereinbarung über die Eliminierung der atomaren Waffenpotentiale aus dem Mittelmeerraum. Diese Potentiale werden zunehmend als potentielle Einsatzmittel nicht zwischen den USA und der Sowjetunion, sondern gegen arabische Staaten empfunden. Sie fördern nicht die äußere Sicherheit, sondern allein die Motive zu atomarer Proliferation. Eine atomwaffenfreie Zone im Mittelmeerraum könnte dagegen den Nichtverbreitungsvertrag stärken und zugleich die Chancen eines Vertrages für eine weltweite Ächtung der chemischen Waffen verbessern.
- Verhandlungen über die Reduzierung amerikanischer und sowjetischer Marinestreitkräfte im Mittelmeerraum können parallel zu den Wiener Verhandlungen über konventionelle Rüstungsreduzierung stattfinden und diesen an keiner Stelle in die Quere kommen, wie es bisher von der NATO behauptet wurde.

(-/30.11.1989/va-he/rs)

* * *

Deutsch-deutsche Solidarität der demokratischen Linken

Gedanken zur Entwicklung in der DDR

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Das Ziel einer solidarischen Gesellschaft, „in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des Einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind“, wie es jetzt zahlreiche Schriftsteller, Künstler und Politiker für die DDR formulieren, trennt nicht, sondern vereint die demokratische Linke in beiden deutschen Staaten. Es verbindet sie aber auch mit den Zielen der demokratischen Linken in anderen Staaten Europas und der Welt. Wer internationale Solidarität ernst meint, muß die demokratischen Linken in jedem Staat, aber insbesondere auch im anderen deutschen Staat, bei der Verwirklichung dieser Ziele unterstützen.

Meine Erfahrungen und Einsichten lehren mich, daß ein demokratischer Sozialismus sich im Rahmen eines einzelnen Staates nicht verwirklichen läßt. Kein Staat dieser Welt kann sich auf Dauer ohne Schaden für Freiheit, Wohlfahrt und Umwelt von der Weltgemeinschaft isolieren. Das gilt für die Sowjetunion, aber dies gilt erst recht für die DDR. Die abrüstungspolitischen, umweltpolitischen, verkehrspolitischen, kommunikationstechnologischen und die wirtschaftlichen Probleme der DDR erfordern eine immer enger werdende Zusammenarbeit mit ihrem europäischen Nachbarn und das heißt insbesondere auch mit der Bundesrepublik Deutschland.

In der Bundesrepublik Deutschland drängt die SPD zu recht auf den Abbau von Arbeitslosigkeit, sozialer Not, Wohnungsmangel und Umweltschäden. Die wirtschaftlichen und umweltpolitischen Probleme der DDR aber sind unvergleichlich größer als die der Bundesrepublik. Ich bewundere und unterstütze diejenigen in der DDR, die unter diesen Umständen glauben, aus der demokratischen Revolution ein attraktives demokratisch-sozialistisches Alternativmodell zur Bundesrepublik verwirklichen zu können. Ich halte diese Hoffnung aber unter den gegebenen politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Illusion.

Für viel realistischer halte ich es, daß die demokratische Linke im Prozeß des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik an Boden gewinnen könnte, wenn sie diesen Prozeß mit staats- und bündnisübergreifenden Grenzen abrüstungspolitischen, umweltpolitischen, wirtschaftsdemokratischen und sozialstaatlichen Initiativen verknüpft. Diese gemeinsame Politik der demokratischen Linken in Deutschland wird allerdings nur erfolgreich sein können, wenn sie sich als Teil einer gemeinsamen Politik der demokratischen Linken in Europa begreift.

Wer die bisherige Form der Zweistaatlichkeit zum Dogma erhebt, geht nicht nur an dem legitimen Bedürfnis der Bevölkerung in beiden deutschen Staaten nach einer wachsenden Gemeinsamkeit der Deutschen vorbei. Er wird auch die konkrete Lösung der konkreten Bedürfnisse schwerer erreichen können, als diejenigen, die für eine wachsende Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten eintreten. Deshalb bin ich jetzt für die Entwicklung einer Vertragsgemeinschaft und dann auch eine Konföderation der beiden deutschen Staaten.

Durch wachsende deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten kann auch die Einheit Europas gefördert werden. Die Deutschen können aber nur an Einheit gewinnen, wenn durch ihre Einheit Europa an Frieden gewinnt. Es liegt im friedenspolitischen Interesse Europas, und im nationalen Interesse der Deutschen, daß eindeutig klar ist: die polnische Westgrenze ist ebenso endgültig wie die französische Ostgrenze.

Eine bundesstaatliche Einheit der Deutschen wird erst möglich, wenn NATO und Warschauer Vertrag im Rahmen einer europäischen Friedensordnung überwunden worden sind. Bundeskanzler Kohl, der die NATO zur Staatsraison erklärt hat, weicht dieser Frage aus. Die SPD tritt für die Überwindung der Bündnisse in einer europäischen Friedensordnung ein. Das ist logisch, wird aber noch Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte dauern. Solange Kohl die Überwindung der Bündnisse nicht auf die Tagesordnung setzt, setzt er auch nicht die staatliche Einheit auf die Tagesordnung. Dies wagt er aus Rücksicht auf Teile der deutschen Rechten nicht offen auszusprechen.

In dem Prozeß, in dem Europa seine Spaltung überwindet, werden die sich demokratisierenden Staaten Osteuropas dem Europarat beitreten. Er wird zu einer gesamteuropäischen parlamentarischen Versammlung. Durch Zusammenarbeit und Erweiterung der EG entstehen nicht nur wirtschaftspolitisch relevante gesamteuropäische Strukturen. Auch der Ausbau gesamteuropäischer Institutionen für den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt ist künftig möglich und sinnvoll.

Das Geflecht gesamteuropäischer Institutionen, Verträge und Interessen wird das Europa der Nationalstaaten erst relativieren und schließlich überwinden. In diesem Prozeß der Vereinigung Europas kann eine Einheit der Deutschen gleichgültig ob als Konföderation oder Föderation zu einem friedfertigen und berechenbaren Partner für unsere Nachbarn in Ost und West werden. Eine bundesstaatliche Einheit der Deutschen in einem Staatenbund oder Bundesstaat wird in diesem Prozeß der Vereinigung Europas sowohl möglich wie auch wünschenswert. Dies wäre die von der SPD seit 40 Jahren geforderte und gewünschte stufenweise und schrittweise Vollendung auch der staatlichen Einheit der Deutschen im Rahmen der Vereinigten Staaten von Europa.

(-/30.11.1989/vo-he/rs)

* * *